

Kevin bald allein zu Haus



Wenn es provokante Äußerungen gibt, stellt man schnell die Frage, was derjenige, der sie von sich gab, geraucht hat. Diese Frage stellte angesichts neuer Verstaatlichungsforderungen von Kevin Kühnert ausgerechnet Johannes Kahrs, Sprecher des Seeheimer Kreises der SPD. Bei Herrn Kahrs kann man sich auch nicht immer sicher sein, ob das „legal ist“, was er geraucht hat.

Kevin Kühnert hat es mal wieder in alle Zeitungen geschafft. Mit bestimmten Äußerungen von bestimmten Leuten ist das ja ganz einfach, und auch wir widmen uns den Ansichten des Tempelhof-Schöneberger Bezirksverordneten, der im Nebenjob Juso-Vorsitzender der Republik ist. Kühnert ist durch seine berechtigte No-GroKo-Forderung berühmt geworden. Kein Medium, das sich nicht mit ihm beschäftigte. Wie einst Wolfgang Bosbach wurde auch Kühnert durch alle Talk-Show des Landes gereicht. Und sogar so legendäre Druckerzeugnisse wie „Die Zeit“ nehmen sich dieselbe, um den jungen Mann aus Lichtenrade zu interviewen.

Kevin Kühnert will eine Kollektivierung von Unternehmen wie BMW „auf demokratischem Wege“ erreichen. Kühnerts Ziel: Die Überwindung des Kapitalismus. „Mir ist weniger wichtig, ob am Ende auf dem Klingelschild von BMW ‚staatlicher Automobilbetrieb‘ steht oder ‚genossenschaftlicher Automobilbetrieb‘ oder ob das Kollektiv entscheidet, dass es BMW in dieser Form nicht mehr braucht.“ Die Verteilung der Profite soll demokratisch kontrolliert werden. „Das schließt aus, dass es einen kapitalistischen Eigentümer dieses Betriebes gibt.“, sagte er der Zeit.

Schon zuvor hatte sich Kühnert für eine Beschränkung des Immobilienbesitzes ausgesprochen. „Ich finde nicht, dass es ein legitimes Geschäftsmodell ist, mit dem Wohnraum anderer Menschen seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Konsequenz zu Ende gedacht, sollte jeder maximal den Wohnraum besitzen, in dem er selbst wohnt.“ Nur genossenschaftliche Lösungen will Kühnert akzeptieren, im Optimalfall aber keine privaten Vermietungen mehr. Kann es aber überhaupt einen demokratischen Sozialismus geben? Wenn alles in staatlicher Hand wäre, wer hätte dann noch Lust, kreativ und selbständig tätig zu sein,

was die Grundlagen der freien Marktwirtschaft sind. Darüber müssen wir uns aber wenig Gedanken machen, weil es mit der SPD keinen Sozialismus geben wird, erst recht nicht mit der Union, und diese bestimmt auch für die kommenden Jahre, wo es langgeht in Deutschland.

Kühnert hat es aber mal wieder geschafft, dass sich alle mit seinen Thesen beschäftigen und vor allem, sich darüber aufregen. So sagte Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) der „Bild“-Zeitung: „Zum Glück haben wir den Sozialismus überwunden, bei dem zwar alle gleich, aber alle gleich arm waren. Die Forderung, Betriebe wie BMW zu kollektivieren, zeigt das rückwärtsgewandte und verschrobene Retro-Weltbild eines verirrten Fantasten.“ Nun ja, wenn wir alle gleich arm wären und diese Armut auskömmlich ist, jeder eine Wohnung hätte, die sich aus der Armut heraus finanzieren ließe, ja dann...aber lassen wir das.

Auch die neue FDP-Generalsekretärin Linda Teuteberg gab der „Bild“-Zeitung ein Statement: „Die SPD muss dringend ihr Verhältnis zum Eigentum klären und Herr Kühnert das Godesberger Programm statt Karl Marx lesen. Wir Freien Demokraten werden die Soziale Marktwirtschaft gegen solche sozialistischen Auswüchse verteidigen.“

Natürlich erhielt Kühnert auch gleich die Empfehlung von CSU-Generalsekretär Markus Blume ganz unverblümt, in die Linkspartei einzutreten. Bleiben wir im Bild, mit Kühnerts Ansichten wird die SPD keinen Blumentopf gewinnen. Natürlich kann man das ganze Jahr über und besonders um den 1. Mai herum über den bösen Kapitalismus meckern, ohne diesen hätten wir in Deutschland allerdings nicht den Lebensstandard, den wir haben.

Nach dem letzten Armutsbericht von 2017, gelten in Deutschland 15,7 Prozent als arm oder von Armut bedroht. Die Zahl wächst. Den Armen ginge es nicht besser, wenn BMW verstaatlicht würde oder es keinen freien Wohnungsmarkt gäbe. Die SPD unternimmt viel in Sachen soziale Gerechtigkeit und hat es oft nicht leicht, sich gegen die Union durchzusetzen. Die Arbeitslosigkeit steht heute auf dem Stand von 1991 mit rund 2,6 Mio. Menschen; 2005/2006 waren es 4,8 Mio. Und in den so genannten neuen Ländern ist die Arbeitslosigkeit von einer Million auf 640.000 gesunken. Es ist natürlich die Aufgabe des Staates, sich um die Ärmsten zu kümmern. Dass gar nichts geschieht, stimmt ja nicht. Staatskonzerne sorgen weder für mehr Arbeitsplätze noch für wohlhabendere Bürger. Kevin Kühnert wird mit seinen Ansichten bald allein zu Hause sein.

Ed Koch